



Jahresbericht 2015

Inhalt

1. Carte Blanche des Präsidenten:	2
2. Carte Blanche des Vize-Präsidenten:	4
3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2015.....	6
3.1 Kurz, Lang, Dauerhaft: Analysen und Antworten zum Thema Langzeitbezug.....	6
3.2 «Gibt es einen Sozialstaat Schweiz?».....	6
3.3 Palliative Care in der Geriatrie - Schlüsselemente einer optimalen Versorgung.....	7
3.4 Reform der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: Spagat zwischen den Bedürfnissen der betroffenen Personen und dem Spardruck der öffentlichen Hand.....	7
4. Wörterbuch zur Sozialpolitik	8
5. Publikation zum Sozialinvestitionsstaat	8
6. Information.....	8
6.1 Webseite.....	8
6.2 Mitgliederbriefe und Newsletter	8
7. Organisation	8
7.1 Vorstand	8
7.2 Geschäftsstelle	10
7.3 Mitgliederbestand	10

1. Carte Blanche des Präsidenten: Der Capability Approach: ein Kompass für das öffentliche Handeln

Die Sozialpolitik steht heute im Zentrum zahlreicher Debatten bezüglich ihrer Sachdienlichkeit. Die einen kritisieren ihre zu hohen Kosten und ihre Tendenz, die Abhängigkeit der Beziehenden von den Sozialleistungen zu fördern; sie verlangen deshalb den Abbau der Sozialpolitik oder, zurückhaltender, die Redimensionierung der angebotenen Leistungen. Andere wollen sie neu ausrichten auf die Aktivierung der Beziehenden und deren berufliche Integration, notfalls auch an qualitativ schlechten Stellen, wodurch sowohl die Kosten gesenkt als auch die Autonomie der Betroffenen gestärkt werden könnten. Dieser zweite Ansatz blendet die Frage nach der Qualität des Arbeitsplatzes aus und vergisst dabei, dass eine schlecht bezahlte Stelle mit unsicheren Bedingungen oder auch einem starken Leistungsdruck zu sozialen Problemen führen kann, die dann die Sozialpolitik aufzufangen hat. Das Heilmittel – Arbeit um jeden Preis – läuft damit auf eine Verschärfung der Ursachen dieser Schwierigkeiten hinaus und treibt die Beziehenden in eine Unsicherheits-Spirale. In meinen Augen sind diese beiden Wege unbefriedigend. Die Sozialpolitik sucht deshalb einen Kompass, die ihr Handeln ausrichtet und ihre Legitimität begründet. In meinen Augen kann der vom Ökonomen Amartya Sen, der bisweilen Nobelpreisträger der Armen genannt wird, entwickelte Capability Approach diese Rolle als Kompass für die heutige Sozialpolitik spielen.

In Amartya Sens Sicht sind die Capabilities – oder Verwirklichungschancen - definiert als «die realen Freiheiten, die ein Mensch hat, um ein Leben zu führen, das er vernünftigerweise wertschätzt». Diese komplexe Definition beruht auf zwei Begriffen, deren Kombination die unerlässliche Voraussetzung für die Entwicklung der Verwirklichungschancen der Sozialpolitik-Beziehenden darstellt. Der erste Begriff «reale Freiheit» bezieht sich auf die Handlungsmacht der Menschen, auf die Mittel, die ihnen gegeben werden müssen, damit sie tatsächlich ein in ihren Augen wertvolles Leben führen können. Der zweite, «vernünftigerweise wertschätzen», betont die zentrale Bedeutung der freien und vernünftigen Wahl für die Entwicklung der Verwirklichungschancen: Die Sozialpolitik-Beziehenden sind nicht einfach passive Empfänger, sondern auch Akteure mit eigenen Werturteilen; als solche müssen sie auch die Sozialpolitik und die sozialen Massnahmen, die sie betreffen, mitgestalten können.

Sen stellt der «realen Freiheit» die formale Freiheit gegenüber, die Marx in seinen Schriften kritisiert hat. Es geht nicht um eine Freiheit auf dem Papier, die beispielsweise in der Verfassung steht, sondern um eine reale Freiheit, die im konkreten Leben der Sozialpolitik-Beziehenden verwurzelt ist. Diese müssen deshalb tatsächlich wählen können, was für ein Leben sie führen wollen, und dies setzt voraus, dass ihnen die Mittel für diese Wahl gegeben werden. Die Konkretisierung dieser Freiheit verlangt, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Zunächst muss der Zugang zu angemessenen finanziellen Ressourcen garantiert sein, andernfalls könnte der betreffende Mensch gezwungen sein, eine Stelle anzunehmen, die in seinen Augen keinen Wert hat, aber notwendig ist für seinen Lebensunterhalt. Die finanzielle Umverteilung, die im Zentrum der Sozialpolitik steht, ist deshalb unerlässlich für die Entwicklung der Verwirklichungschancen der Beziehenden. Doch sie allein reicht nicht. Es ist auch wichtig, die Handlungsmacht und die Arbeitsmarktfähigkeit eines Menschen weiterzuentwickeln, beispielsweise mittels Ausbildungen, bei denen er die für den gewünschten Beruf nötigen Geschicklichkeiten und Kompetenzen erwerben kann. Ebenso ist auf das Umfeld einzuwirken und dafür zu sorgen, dass die Sozialleistungs-Beziehenden ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt und allgemein in der Gesellschaft finden. Sonst hätten die Menschen zwar bessere Arbeitsmarktchancen, aber niemand würde sie wollen. Die Konkretisierung dieser «realen Freiheit» verlangt damit ein Handeln auf drei Ebenen: Ressourcen (damit eine qualitativ schlechte Stelle abgelehnt werden kann), Individuum (Vermitteln von Kompetenzen und Qualifikationen) und soziales Umfeld (Bereitstellen von Möglichkeiten für die berufliche und soziale Integration, die sowohl quantitativ als auch qualitativ genügen und für die betroffenen Menschen zugänglich sind). Wenn eine dieser drei Ebenen fehlt, ist die Entwicklung der Verwirklichungschancen beeinträchtigt.

Der Begriff «vernünftigerweise wertschätzen» legt das Schwergewicht auf den Einbezug der Menschen in die Definition und die Umsetzung der Sozialpolitik. Ihre Präferenzen und Wünsche müssen ernst genommen werden, wenn es darum geht, den Inhalt einer sozialen Massnahme zu bestimmen oder eine Stelle vorzuschlagen. Dieser Ansatz ist dem Paternalismus in seinen verschiedenen Formen diametral entgegengesetzt, denn bei diesem entscheiden die Gestalter der Sozialpolitik oder jene, die sie umsetzen, an Stelle der Beziehenden - oft durchaus mit den besten Absichten. Im Rahmen der Verwirklichungschancen ist der Mensch an der Sozialpolitik mitbeteiligt, er bestimmt den Inhalt der sozialen Massnahmen, ihren Rhythmus und ihre Ziele zumindest teilweise mit. Gegenüber einer vorgeschlagenen sozialen Massnahme muss er deshalb auf die drei folgenden Optionen zurückgreifen können: ohne grosse Kostenfolgen Nein sagen (das heisst, das Vorgeschlagene ablehnen, ohne übermässige Sanktionen zu riskieren), seine Meinung sagen und über den Inhalt der Massnahme verhandeln oder das Vorgeschlagene akzeptieren, aber nicht aus Resignation oder um nachzugeben, sondern in der Überzeugung, dass der Vorschlag Wert hat für ihn. Diese Erfordernis, dass der betroffene Mensch die Sozialpolitik «wertschätzt», verlangt, dass wir die ausgetretenen Pfade des Paternalismus und sein vermeintliches Gutmeinen verlassen, um uns auf mitgestaltete Lösungen einzulassen, die nicht zum Voraus bekannt sind und die den Wünschen der Menschen besser gerecht werden.

Ein solches Konzept scheint einem ungehemmten Individualismus Tür und Tor zu öffnen: Es wären also sämtliche Präferenzen legitim und müssten auch von der öffentlichen Hand unterstützt werden? Amartya Sen hütet sich vor einer solchen Schlussfolgerung und weist darauf hin, dass die Entwicklung der Verwirklichungschancen nicht das Gleiche ist wie die Anerkennung und die Unterstützung sämtlicher Präferenzen, sondern einzig und allein jener, die der Mensch «vernünftigerweise» wertschätzt. Bei Sen leitet sich das Kriterium für Vernunft, oder eher Vernünftigkeit, aus der öffentlichen Debatte ab (das heisst, weder die Sozialarbeitenden noch die Beziehenden allein entscheiden über die Vernünftigkeit einer Präferenz); anders gesagt, nur Präferenzen, die den Test einer argumentierten öffentlichen Debatte bestehen, müssen von der Sozialpolitik unterstützt werden. Gewisse allzu kostspielige oder andere, zu anspruchlose Präferenzen (die eine Resignation des Menschen gegenüber seinen unbefriedigenden Lebensbedingungen widerspiegeln) können aufgrund ihres unvernünftigen Charakters in Frage gestellt werden: Die Sozialpolitik wird also den Wunsch eines Menschen, Astronaut oder Opernsänger zu werden, nicht unterstützen, aber sie akzeptiert auch nicht, dass ein begabter Mensch sich mit einem von ihm nicht wertgeschätzten Beruf zufrieden gibt.

Der Capability Approach beruht somit auf der Verbindung zwischen einem extensiven Handeln im Hinblick auf die Handlungsmacht der Menschen UND der Anerkennung ihrer vernünftigen Wahlfreiheit. Im Gegensatz dazu wären Ansätze, die das Schwergewicht nur auf eine dieser beiden Dimensionen legen, entweder paternalistisch (man gibt viele Mittel, aber lässt keine Freiheit bezüglich deren Verwendung) oder formalistisch (man lässt viel Freiheit, gibt aber nicht die Mittel für deren Nutzung). Mir scheint, solche Ansätze würden die Menschenwürde der Sozialpolitik-Beziehenden nur sehr ungenügend respektieren. Im Gegensatz dazu schlägt der Capability Approach einen alternativen Weg vor, der die Sozialpolitik in den Dienst an der anerkannten Würde dieser Menschen stellt.

Jean-Michel Bonvin, Präsident

2. Carte Blanche des Vize-Präsidenten: Auch soziale Sicherheit selber basteln?

Der Amerikaner Frederick Taylor bescherte uns Ende des 19. Jahrhunderts den Taylorismus, das wissenschaftliche Management, dessen Grundlage eine extreme Arbeitsteilung ist. Mehr noch als das mittelalterliche Zunftwesen hat die Idee der Arbeitsteilung die industrielle Produktion geprägt. Die Bäckerin backt, der Metzger schlachtet, die Ärztin heilt und der Pfarrer segnet. Und jeder darf darauf vertrauen, dass die anderen ihre Aufgabe professionell nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen.

Heute erleben wir, dass sich Räder auch zurück drehen. Amateure an die Macht! Wir alle sind kein Gott mit vielen Armen, aber Menschen mit vielen Händen geworden. Unsere Bedürfnisse als Konsument verschmelzen mit den Anforderungen an den Produzenten. ‚Prosumer‘, so die englische Bezeichnung für die Vermischung von ‚producer‘ und ‚consumer‘.

Eigentlich arbeiten wir ja als Buchhalterinnen, Schreiner, Buschauffeure, Juristinnen oder Lehrer. Aber heute sind wir alle zur Vielseitigkeit verdammt. Jeden Monat werde ich zum Banker und wickle meinen Zahlungsverkehr selber ab. Ich bin mein Reisebüro geworden und vergleiche stundenlang nicht Vergleichbares im Internet. Dank IKEA bin ich ein Möbeldmonteur geworden. Ich bin mein Detailhandelsangestellter und scanne Teigwaren selber ein, die ich gleich mit meiner Kreditkarte selber zahle. Ich bin mein Informatiker geworden, der hofft, dass aus ‚plug and play‘ nicht ‚plug and pray‘ wird. Mit einem ‚car configurator‘ schneidere ich mir auch mein neues Auto selber - jedes Detail ist veränderbar. Und neu bin ich sogar auch mein Modeberater, der vor Glück schreit, wenn Zalando liefert und das Zeug dann doch wieder zurück schickt.

Für mich als angegrauter Mensch ist dieser Wandel erkennbar. Für Jüngere schon nicht mehr. Das erste Wort unserer Tochter war: „Selber!“. Und das hat sie nun davon. Sie darf selber am ‚touch screen‘-Bildschirm Eisenbahnbillette einkaufen und hoffen, dass die vielen Nummern auf dem Billet auch ihrem Fahrweg entsprechen. Sie darf selber Konzertkarten aussuchen, buchen, einkaufen, ausdrucken und aufbewahren. Sie darf sich selber im Internet eine Krankheit aussuchen und dann als mündige Patientin den Arzt mit ihrer Diagnose konfrontieren. Sie ist frei von Ladenöffnungszeiten und kann sich 24 Stunden lang selber T-Shirts bestellen. Und sicher auch ein Schnäppchen ergattern. Freiheit und Kostenreduktion locken. Der gesellschaftliche Megatrend der Individualisierung spiegelt sich also definitiv in der Konsumwelt.

Diese Veränderung bringt wichtige Verschiebungen mit sich. Selber machen heisst eben auch, selber schuld sein. Der ‚Prosumer‘ trägt nicht nur das finanzielle Risiko, sondern auch das Risiko für den falschen Geldtransfer, die fehlerhafte Reisebuchung, die mangelhafte Montage und das schlechte Funktionieren. Die wertschöpfende Betreuungsarbeit der Detailhandelsangestellten, der Bahnangestellten und der Banker wird zunehmend als kostenträchtige Hilfsarbeit betrachtet. Die moderne Dienstleistungsgesellschaft schafft so selber Dienstleistungsstellen ab.

Wer meint, dass dies nur im Bereich der Privatwirtschaft möglich ist, der irrt. Wann werde ich meine eigene Steuererklärung veranlagern? Wann meine eigene Invalidenrente festlegen? Wann kann ich meinen Schulabschluss selber testen? Und wann werde ich mein eigener Polizist, Staatsanwalt und Richter sein? Auch bei staatlichen und parastaatlichen Aufgaben wird die Entwicklung zum ‚Prosumer‘ voranschreiten. Aus eBusiness wird eGovernment. Auch hier wird es eine risikoreiche Arbeitsverschiebung zum Konsumenten geben und Kosteneinsparungen durch weniger Personal bei der öffentlichen Hand. Ganz nach dem Motto: Die administrative, zeitaufwändige und risikoreiche Arbeit kann der Prosumer selber machen, der kurze hoheitliche Akt bleibt beim Staat. Das ist eben auch ‚schlanker Staat‘. Die

dynamischen nordischen Staaten und dabei insbesondere baltische Kleinstaaten sind uns im Bereich eGovernment grosse Schritte voraus.

„Das einzig Beständige ist der Wandel“, beschied uns vor 2500 Jahren Heraklit von Ephesus. Was neu ist, muss aber nicht immer besser sein. Vor allem nicht für alle. Gerade bei komplexen Fragen sind viele Menschen schnell überfordert. Die Institutionen der sozialen Sicherheit sind deshalb gut beraten, sich nicht nur in Richtung ‚digital‘ zu entwickeln, sondern weiterhin kostenlose, niederschwellige, wohnortsnahe und persönliche Ansprechstellen - nein Ansprechmensen! - zur Verfügung zu stellen. Wer nur in den digitalen Moloch investiert, verspielt das Vertrauen der Gesellschaft.

Andreas Dummermuth, Vize-Präsident

3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2015

3.1 Kurz, Lang, Dauerhaft: Analysen und Antworten zum Thema Langzeitbezug

Biel, 11.03.2015, Nationale Tagung der SKOS in Kooperation mit der Artias und der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)..

Menschen, die ihre Existenz längerfristig nicht selber sichern können, gab es schon immer. Die Antworten der Gesellschaft und des Sozialstaats haben sich im Laufe der Zeit jedoch verändert, wie die Historikerin Sonja Matter in ihrem Schlussreferat aufzeigte. Bis zu einem Drittel der laufenden Fälle sind seit mehr als fünf Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, wie die Situationsanalyse von Michel Nicolet, dem Direktor für Soziale Aktion des Hospice Général in Genf zeigte. Karsten Paul des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialpsychologie der Universität Erlangen Nürnberg zeigte auf, dass oft eine beeinträchtigte psychische Gesundheit zu Arbeitslosigkeit führt. Aber er zeigte auch, dass der umgekehrte Mechanismus mindestens ebenso stark funktioniert.

Nach der Situationsanalyse erfolgte ein Blick in die Zukunft, auf Entwicklungen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Aymo Brunetti der Universität Bern zeigte auf, dass es in Zukunft tendenziell mehr Arbeitsplätze für Sozialhilfebeziehende geben müsste. Und Frau Marimée Montalbetti des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation zeigte auf, wie niederschwellige Bildungsangebote einen Beitrag zur Reduktion des Langzeitbezugs leisten könnten. Die beiden städtischen Sozialvorstehenden Nicolas Galladé und Antoinette De Weck diskutierten über Herausforderungen und Antworten der Politik.

Die Workshops schliesslich boten einen Rahmen zur vertiefteren Problemanalyse und zur Diskussion und Entwicklung von Lösungsansätzen seitens der Sozialhilfe, der Wirtschaft und des Sozialstaats auf die Problematik der zunehmenden Zahl von Langzeitbeziehenden. Die 255 Teilnehmenden zeugten von der Brisanz des Themas.

3.2 «Gibt es einen Sozialstaat Schweiz?»

Freiburg, 21. Oktober, Podiumsgespräch im Rahmen der von der Schweizerischen Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), der SVSP und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) initiierten Veranstaltungsreihe « La Suisse existe, la Suisse n'existe pas »

Vier renommierte Persönlichkeiten haben an dieser Veranstaltung als Referierende mitgewirkt: Stéphane Rossini (Nationalratspräsident und Professor und Forscher in Sozialwissenschaft), Giuliano Bonoli (Professor am IDHEAP der Universität Lausanne), Jean-Nat Karakash (Neuenburger Kantonsrat, Vorsteher des Sozialdepartements) und Heidi Stutz (Bereichsleiterin Familienpolitik und Gleichstellung von Frau und Mann, BASS, Bern).

Die Diskussionen befassten sich vorwiegend mit folgenden Fragen: Inwieweit haben West- und Deutschschweizer ein anderes Verständnis vom Sozialstaat und der Solidarität in der Schweiz? Wie sind diese Unterschiede zu erklären? Sind sie ein Grund zu Besorgnis oder ist das normal in einem Bundesstaat? Wie kommen diese Unterschiede in den verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Familienpolitik, Steuerpolitik usw.) zum Ausdruck?

In den verschiedenen Diskussionsbeiträgen wurde insbesondere betont, dass es im Schweizer Modell Platz gibt für das Zusammenleben von ganz verschiedene Meinungen über die Beziehung zwischen Bürgern und Staat und über das Verständnis von Staatsbürgertum und individueller Verantwortung. Nach Meinung der Gesprächsteilnehmer ist diese Vielfalt kein

Grund zu Besorgnis, solange sie nicht zu einer Infragestellung der Grundrechte führt. Es wurde auch auf die Schwierigkeit hingewiesen, in einem solchen Kontext ehrgeizige Reformen vorzunehmen. Das leider wenig zahlreiche Publikum (25 Personen im Saal) hat aktiv an den Diskussionen teilgenommen und einstimmig die Qualität der Debatten unterstrichen.

3.3 Palliative Care in der Geriatrie - Schlüsselemente einer optimalen Versorgung

Zürich, 19. September 2015, Forum durchgeführt vom Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich und vom Stadtspital Waid unter Mitwirkung der SVSP und palliative zh+sh.

Zum Tagungsthema «Palliative Care in der Geriatrie. Schlüsselemente einer optimalen Versorgung» trafen sich über 240 Fachpersonen und Mitarbeitende aus der Gesundheitsversorgung, Verwaltung und Forschung, um den Stand der Versorgung in der Schweiz und im Kanton Zürich und die Herausforderungen zu diskutieren, die auf dem Weg zum Ziel, Patientinnen und Patienten gemeinsam mit deren Angehörigen eine schmerzfreie, würdevolle Existenz am Lebensende zu ermöglichen, noch zu bewältigen sind.

Fachvorträge aus der Perspektive der Palliativmedizin und der Fachgesellschaft palliative.ch, der Pflegewissenschaft, der Finanzierung, der niedergelassenen Ärztinnen/Ärzte und der Notfallplanung, der internationalen Entwicklung, der Ethik und Theologie wechselten sich mit Einblicken aus der Umsetzung im Alltag ab. Die SVSP konnte einen Beitrag zur Finanzierung und gesundheitspolitischen Bedeutung der Palliative Care leisten.

3.4 Reform der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: Spagat zwischen den Bedürfnissen der betroffenen Personen und dem Spardruck der öffentlichen Hand

Bern, 28. Oktober 2015, Jahrestagung der SVSP in Kooperation mit der SAGW, der Berner Fachhochschule (BFH) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), der Haute Ecole de Suisse occidentale (HES-SO) und der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Die Existenzsicherung und damit auch die Bekämpfung der Armut im Alter und bei Behinderung ist ein Kernanliegen der schweizerischen Sozialpolitik. Aber einzig dank dem Mitte der 1960er-Jahren geschaffene ein Überbrückungsinstrument der Ergänzungsleistungen (EL) für Rentnerinnen und Rentner von AHV und IV konnte dieses Ziel erreicht werden, wie Uwe Koch, Dozent der ZHAW aufzeigte. Carlo Knöpfel, Dozent der FHNW ging in seinem Referat nach, wieso die Kosten in der EL ansteigen. Christiane Jaquet-Berger, ehem. Nationalrätin PdA, Vorstandsmitglied

Vereinigung zu Verteidigung und Lebensgestaltung der Rentner (AVIVO) führte aus, wie das Leben mit EL für die Betroffenen heute aussieht und Peter Gomm, Regierungsrat aus Solothurn und Präsident der SODK analysierte die aktuelle Situation aus Sicht der Kantone und legte dar, welche Reformschritte aus deren Sicht nötig wären.

Der Nachmittag stand im Fokus der Reformen. In vier Workshops zu unterschiedlichen Bereichen wurden Reformvorschläge diskutiert. Im Plenum wurden anschliessend die zwei Zentralsten Punkte pro Workshop präsentiert. Workshop 1 ging der Frage nach, wie der Schutz vor Armut in Alter verbessert werden könnte. Workshop 2 fokussierte die Pflegekosten und die möglichen Verbesserungsmaßnahmen in diesem Bereich. Workshop 3 diskutierte die Systemanalyse welche die Universität Luzern im Auftrag des Arbeitgeberverbandes

durchgeführt hat. Workshop 4 schliesslich fragte, warum 40 % der Beziehenden von IV-Renten auf EL angewiesen sind und wie dieser Anteil reduziert werden könnte.

Mit rund 120 Teilnehmenden und Mitwirkenden war die Tagung hervorragend besucht und ausgebucht. Ein grosser Erfolg für die SVSP.

4. Wörterbuch zur Sozialpolitik

In Zusammenarbeit mit LIVES (nationaler Forschungsschwerpunkt) und der HES-SO entsteht die Neuauflage des Wörterbuchs Sozialpolitik. Die konzeptionelle Arbeit konnte 2014 abgeschlossen werden. Im Verlaufe des Jahres 2015 wurden die Expertengruppen zusammengestellt, die Liste der definitiven Konzepte/Titel/Beiträge fertig gestellt und die Vorgaben für die AutorInnen bereitgestellt. Weiter wurde eine Liste der AutorInnen erstellt und diese werden Anfang 2016 offiziell angefragt, ob sie bereit sind, den jeweiligen Artikel zu verfassen.

5. Publikation zum Sozialinvestitionsstaat

Nach sechs Jahren Arbeit wird die Publikation mit Beiträgen unter anderen von Gosta Esping-Andersen, Giuliano Bonoli, Eva Nadai, Claudia Kaufmann, Hans-Uwe Otto und Jean-Pierre Tabin im Laufe des Jahres 2016 veröffentlicht werden.

6. Information

6.1 Webseite

Die Webseite wurde weiter laufend aktualisiert und auf den neusten Stand gebracht.

6.2 Mitgliederbriefe und Newsletter

Die SVSP informiert ihre Mitglieder und weitere Interessierte regelmässig über Veranstaltungen oder Publikationen in Form von Mitgliederbriefen und auf die Webseite verlinkten elektronischen Newslettern. Im Jahr 2015 wurde ein Mitgliederbriefe und vier Newsletter in deutscher und französischer Sprache verschickt.

7. Organisation

7.1 Vorstand

Der Vorstand des SVSP ist ehrenamtlich tätig. Mit grossem Einsatz und viel Idealismus setzen sich die Vorstandsmitglieder ein, dass jährlich ein anregendes und vielfältiges Programm angeboten werden kann.

An der Generalversammlung im September 2014 haben Martin Kaiser (Arbeitgeberverband) und Jean-Pierre Fragnière (emeritierter Professor) den Vorstand verlassen. Mit Olivier Sandoz der Fédération Romande des Entrepreneurs (FER) und Martin Wild der BFH, Soziale Arbeit konnten Anfang 2015 zwei kompetente Nachfolger in den Vorstand aufgenommen und an der Generalversammlung im Oktober bestätigt werden.

Ebenfalls an der Generalversammlung 2015 erklärte Martin Kuert von TravailSuisse seinen Rücktritt aus dem Vorstand. Der Vorstand verdankt ihm seine Arbeit für die SVSP bestens. Er wird zurzeit nicht ersetzt. Die Gewerkschaften sind mit Doris Bianchi bereits gut vertreten.

Name/Vorname	Funktion und Tätigkeit
Bonvin Jean-Michel (Präsident)	Professor HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Dummermuth Andreas (Vize-Präsident)	Direktor Ausgleichskasse Schwyz, Schwyz
Beuchat Stéphane	Co-Geschäftsleiter Avenir Social
Bianchi Doris	Stellvertretende Leiterin des Sekretariats des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Hugentobler Valérie	Professorin, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Knöpfel Carlo	Professor, FHNW - Hochschule für Soziale Arbeit, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung
Knupfer Caroline	Verantwortliche Sozialpolitik im Generalsekretariat des Departements für Gesundheit und Soziales Kanton Waadt
Kuert Killer Matthias	Leiter Sozialpolitik bei Travail Suisse
Olivier Sandoz	Generaldirektor Fédération Romande des Entrepreneurs
Strohmeier Navarro Smith Rahel	Dozentin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften, ZHAW, Departement soziale Arbeit, Zürich
Tecklenburg Ueli	Ehemaliger Geschäftsführer SKOS
Wächter Matthias	Senior Researcher an der Hochschule Luzern – Wirtschaft
Weber-Gobet Marie-Thérèse	Bereichsleiterin Sozialpolitik Procap Schweiz, ehemalige Nationalrätin
Martin Wild	Abteilungsleiter Berner Fachhochschule Soziale Arbeit

7.2 Geschäftsstelle

Im Laufe des Jahres übernahm ein neues Team die Leitung der Geschäftsstelle. Christin Kehrlü übernahm per 1.1.15 die Leitung des Fachbereichs Grundlagen bei der SKOS und damit auch die Geschäftsführung der SVSP. Die bisherige Geschäftsführerin Franziska Ehrler suchte eine neue berufliche Herausforderung. Mitte Jahr konnte mit Anita Berisha eine neue Leiterin des Sekretariats gefunden werden. Für die Konstante im Team sorgte Marlis Caputo, die weiterhin für die Buchhaltung und Mitgliederverwaltung zuständig ist.

7.3 Mitgliederbestand

Die SVSP verzeichnete im Jahr 2015 3 Eintritte und 10 Austritte. Damit zählt die SVSP per 31.12.2014 insgesamt 224 Mitglieder (155 Einzelmitglieder und 69 Kollektivmitglieder).

Anfang Jahr analysierte die Geschäftsstelle die Austritte. Austritte erfolgten meistens aufgrund von Pensionierungen oder beruflichen Neuorientierungen. Das Sekretariat wird in Zukunft bei Austritten die Gründe systematisch erheben und das Thema Mitgliederbestand im Auge behalten. Anlässlich der gut besuchten Jahrestagung wurde Werbung für neue Mitgliedschaften gemacht, welche bisher aber leider noch wenig Wirkung zeigte.

Bern, 3.5.16